I-08

Die Ursache der völlig überhöhten Energiekosten an der Wurzel packen!

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

48. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Bonn, 14. - 16. Oktober 2022

Antragsteller*in:	Michael Merkel (KV Bochum)
Tagesordnungspunkt:	I In Zeiten fossiler Inflation: sozialen Zusammenhalt sichern, Wirtschaft stärken
Status:	Zurückgezogen

Antragstext

Wir fordern die Bundesregierung auf, an den EU Außengrenzen einen Preiscap für Gasimporte durch Pipelines bei 30 bis 50 Euro pro Megawatt/Stunde oder eine entsprechende Regulierung der Beschaffungsmärkte europäisch festlegen zu lassen. Des weiteren fordern wir die Bundesregierung auf, europäisch und national für industriepolitische Maßnahmen zu sorgen, um eine Rückansiedlung der Fertigung aller notwendigen Komponenten der Anlagen zur Erzeugung von erneuerbarem Strom zu veranlassen.

Begründung

Eine ausreichende Subventionierung der Energiepreise auf der Verbraucherseite ist schon in wenigen Monaten uinfinanzierbar. Sie blutet unsere Volkswirtschaft in Richting der Gas- und Ölproduzierenden Länder und Unternehmen aus. Das gilt auch für eine Finanzierung einer Preisobergrenze für die Verbrauchenden.

Die augenblickliche Entwicklung der Energiekosten ist fast ausschließlich durch das vertragswidrige Verhalten Russlands hervorgerufen!

Dadurch entsteht ein eklatantes Marktversagen.

Normalerweise würden die importierenden Unternehmen durch schiedsgerichtliche Verfahren die Einhaltungen der Liefermengen erzwingen. Deshalb ist eine solche Maßnahme kein Eingriff in die marktwirtschaftliche Preisfindung. Der Hinweis, daß durch einen Preiscap sinnvolle Knappheitssignale außer Kraft gesetzt werden läuft deshalb ins Leere.

Da die in diesem Preiscap festgelegten Preise immer noch zu deutlichen Gewinnen bei den produzierenden Ländern und Unternehmen führen, wird deren Lieferbereitschaft durch einen solchen Schritt nicht beeinträchtigt.

Russlands Lieferbereitschaft hat sich schon seit Monaten von ökonomischen Erwägungen abgekoppelt. Die Bundesregierung und die EU haben zu recht einen Boykott russischen Gases vor einigen Monaten abgelehnt. Inzwischen sind wir deutlich besser auf ein Ende der Gaslieferungen aus Russland vorbereitet. Ob russisches Gas fließt wird voluntaristisch im Kreml entschieden. Sollte noch ein letzter Funken ökonomischer Rationalität in diesem Entscheidungsprozess berücksichtigt werden, wären geringere Erlöse sogar ein Anreiz, die Liefermengen zu erhöhen.

Der Strommarkt würde mit seinem augenblicklichen Design mit eine sehr schnellen Entlastung der Strompreise folgen mit eine sehr schnellen Entlastung der Strompreise folgen, da der Preis durch die Merit-Order auf die Grenzkosten des teuersten notwendigen Kraftwerks gesetzt wird.

weitere Antragsteller*innen

Walter Otte (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Maria Heider (KV Main-Kinzig); Bernhard Müller (KV Aachen); Reiner Daams (KV Solingen); Elmar Gillet (KV Rhein-Erft-Kreis); Roland Schüren (KV Mettmann); Rainer Lagemann (KV Steinfurt); Silke Stokar von Neuforn (Hannover RV); Sonja Lohf (KV Bochum); Sebastian Pewny (KV Bochum); Hans-Joachim Herholz (KV Bochum); Lukas Mielczarek (KV Düsseldorf); Dominic Hallau (KV Bielefeld); Eugen Schlachter (KV Biberach); Gerhard Sauer (KV Uckermark); Gabriele Raasch (KV Ludwigslust-Parchim); Zohra Mojadeddi (KV Hamburg-Wandsbek); Eva Müller (KV Ostholstein); Ulrich Martin Drescher (KV Waldshut); sowie 36 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.